

53/ Frankfurt am Main, den 4. Mai 2004

## **Bildungspolitische Entwicklung in Hessen**

Für die Waldorfpädagogik weht der Wind rauer.

- Das Zentralabitur kommt im Frühjahr 2007 (vgl. Info 45), das Nichtschülerabitur wird schon ab 2005 zentral, die Nichtschülerprüfungen für Haupt- und Realschulabschluss folgen. Wenn künftig ein Waldorfschüler oder Gymnasiast nach der 10.Klasse abgehen möchte, erhält er die Mittlere Reife nur nach Wiederholung der 10. Klasse an einer Realschule mit zentraler Abschlussprüfung (es sei denn, er ist in die 11. Gymnasialklasse versetzt).
- Die Kürzung der gymnasialen Schulzeit in der Mittelstufe bringt unsere Schulen in Zugzwang. Es ist zu hoffen, dass unsere Eltern und Oberstufenschüler bewusst den 13-jährigen Waldorf-Bildungsgang bis zum Abitur beibehalten wollen und dass dieses 13. Jahr weiterhin voll bezuschusst werden wird.
- Die Pläne für eine verpflichtende Vorschule und die Vorverlegung des Einschulungsalters sind nicht vom Tisch. Hessen erarbeitet jetzt zusammen mit Bayern (!) einen Bildungsplan für den Kindergarten und die Grundschule. Eine Verschulung der Kindheit wird zwar bestritten, ist aber zu befürchten.
- Fortbildung für Pädagogen und Qualitätssicherung für Schulen werden nach dem neuen Schulgesetz verpflichtend. Bei freien Schulträgern soll zusätzlich die „Eignung der Schulleitung“ und die „Zuverlässigkeit des Trägers“ überprüft werden, was neue Einschränkungen befürchten lässt. Die Praxis der Erteilung von Unterrichtsgenehmigungen durch die hessischen Schulämter hat sich in letzter Zeit verschärft. Eine neu definierte landesweite Regulierung wird zur Zeit im Ministerium erarbeitet.

Diesem insgesamt besorgniserregenden Trend stehen intensivere Kontakte mit dem Kultusministerium gegenüber (z. B. werden voraussichtlich auch Waldorflehrer in die Aufgabenkommissionen für das Zentralabitur berufen werden). Die Kooperation unter den hessischen Waldorflehrern hat sich verbessert (für die Fremdsprachen und die Naturwissenschaften liegen jetzt hessische Waldorf-Oberstufenlehrpläne vor). Die Schulverwaltungen beginnen mit eigenen Qualitätsentwicklungsprozessen. Fast alle Kollegien haben sich auf dem Gebiet des Schulrechts fortgebildet. Die Bundesmittel zur Förderung von Ganztagsangeboten werden zur Entwicklung des eigenen Schulprofils genutzt. Die Beratungsangebote für Waldorflehrer wurden verbessert.

Von der verstärkten Nachfrage nach Privatschulplätzen können unsere Schulen nur zum Teil profitieren. Die Gründung anderer Schulen in freier Trägerschaft (z. B. Montessori) und die Entwicklung der Schulprofile im staatlichen Schulwesen (z.B. Fremdsprachen in der Grundschule) verschärfen jedoch die Konkurrenz. Immer noch können wir auf aktuelle bildungspolitische Fragestellungen bloß re-agieren (z.B. Schulprofil, Früheinschulung, Schulabschluss), da wir unser eigenes pädagogisches Profil, das nach wie vor ein großartiges Potential enthält, nicht rechtzeitig weiterentwickelt haben. Deutlich macht sich auch die Schattenseite unserer Schulautonomie bemerkbar: Es fällt schwer, über den eigenen Schulhorizont hinauszublicken und Bewusstsein und Kraft für die Gemeinschaftsaufgaben zu investieren. Gerade dies zu überwinden ist aber weiterhin die Forderung, die sich aus der bildungspolitischen Lage ergibt.